

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/5

Bonn, den 6. Januar 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Atomsperrvertrag</u>	50

Schon vor baldigem Abschluß?

2	<u>Vorurteile und Tatsachen</u>	53
---	---------------------------------	----

Vor und nach der Bildung der neuen Bundesregierung

Von Dr. Ulrich Lehmar, MdB

3 - 4	<u>Ein gutes Verhältnis zu Ungarn</u>	86
-------	---------------------------------------	----

Diplomatische Beziehungen wünschenswert

Von Dr. Alfred Graef

5	<u>Drama in der Ostsee</u>	51
---	----------------------------	----

Sank ein russisches U-Boot?

Moskau scheint den Verlust verschleiern zu wollen

- + +

Atomsperrvertrag

Schon vor baldigem Abschluß ?

sp - Wenn nicht alles täuscht, stehen die Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten, der Sowjetunion und Großbritannien über ein Abkommen, in dem sich alle drei Mächte verpflichten, keine Atomwaffen an andere Staaten weiterzugeben (Nonproliferation), vor dem Abschluß. Sehr viel spricht dafür, daß der Atomsperrvertrag als Auftakt für die im Februar in Genf wieder beginnenden Gespräche über die Abrüstung veröffentlicht wird. Die langwierigen und zähen Verhandlungen erfolgten und erfolgen in aller Stille. Keine Seite, auch nicht die Amerikaner, zeigt sich informationsfreudig. Die Bonner Visite des deutschen Botschafters in Washington, Knapstein, kann offensichtlich das Informationsbedürfnis der Bundesregierung nicht ganz befriedigen. Hier mangelt es an Konsultation. Die Amerikaner lassen sich nicht in ihre Karten schauen, auch nicht von ihren Bündnispartnern. Das Atomteststoppabkommen zwischen den beiden Siegermächten wurde übrigens auch ohne vorhergehende Unterrichtung der Verbündeten unterzeichnet. Es kam als eine Überraschung für alle:

Diesmal wird es keine Überraschungen geben. Seit vielen Monaten führen die Russen und die Amerikaner hinter verschlossenen Türen das Gespräch über ein Abkommen, das die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen zum Inhalt hat. Die USA und die Sowjetunion handeln nicht ganz aus eigenen freien Entschluß, sie stehen unter dem Druck der Weltmeinung. Eine große Mehrheit von Mitgliedern der Vereinten Nationen hat wiederholt in Entschlüssen die beiden Weltmächte bedrängt, in dieser Richtung voranzugehen und von der Welt den Alpdruck einer sich ausbreitenden Atomwaffenanarchie zu nehmen. Die Vorstellung, viele in sich ungefestigte Staaten und Regierungen im Besitz von Atomwaffen zu wissen, wirkt bedrückend. Wie viele davon würden der Versuchung widerstehen können, ihre Konflikte mit dem Nachbarn nicht durch Atombomben zu lösen. Auch die Amerikaner und Russen haben kein Interesse an Situationen, in denen sie durch die Konflikte zwischen kleineren Mächten in eine Entwicklung hineingerieten, die sich ihrer kontrollierenden Einwirkung entzieht.

Die Bundesrepublik Deutschland hat auf die Herstellung eigener Atomwaffen verzichtet; sie entwickelt keinen atomaren Ehrgeiz. Sie hat den Vertrag über das Atomteststoppabkommen, wenn auch nach einigem Zögern, unterzeichnet, und die neue Bundesregierung wird auch ihre Unterschrift unter einen Atomsperrvertrag setzen, soweit er den Sicherheitsbedürfnissen Rechnung trägt. Die Diskussion über einen deutschen nuklearen Mitbesitz oder nukleare Verfügungsgewalt ist ausgestanden; sie gehört der Vergangenheit an. In unserem ureigensten Interesse liegt es freilich, bei der atomaren Planung der NATO-Partner darauf zu bestehen, daß auch die Bundesrepublik einen Finger an Sicherungsflügel hat; eine deutsche Vetomöglichkeit muß vertraglich eingebaut sein, wenn von deutschen Boden aus oder auf Ziele in Deutschland mit atomaren Waffen geschossen werden soll.

Der Atomsperrvertrag löst keine Weltprobleme, er wirft sogar neue auf, aber er ist ein Element der Entspannung. Eine auf die Wiedervereinigung bedachte deutsche Politik kann nur in einer Atmosphäre der Entkrampfung und eines Mindestmaßes von Vertrauen zwischen den beiden Weltmächten gedeihen. Von dieser Erkenntnis, einst heiß umstritten, läßt sich wohl die neue Bundesregierung leiten.

Vorurteile und Tatsachen

Von Dr. Ulrich Lohmar, MdB

Die Bildung einer neuen Bundesregierung ist mit einer erwartungsvollen Neugier aufgenommen worden. Lange Jahre hat die CDU alles versucht, um der Bevölkerung einzureden, daß die SPD unter allen Umständen von der Bundesregierung ferngehalten werden müsse. Jetzt ließ sich für die Christlichen Demokraten kein anderer Ausweg mehr finden, und die CDU steht vor der Frage, was sie mit ihren propagandistischen Ladenhütern früherer Wahlkämpfe noch anfangen soll.

Da war stets die Rede davon, durch die SPD würden die Stabilität und das Wachstum der Wirtschaft gefährdet. Jetzt ist es Prof. Schiller, der sich anschickt, unsere Wirtschaft zu einem neuen Wachstum zu ermutigen und der Gefahr einer größeren Arbeitslosigkeit zu begegnen, in die uns die Politik des Wirtschaftswundersmannes Erhard gebracht hat. Die Wirtschaft reagiert nicht etwa verstört auf den neuen Wirtschaftsminister der SPD, sie setzt im Gegenteil große Hoffnung in seine Tatkraft. - Da war weiter die Rede davon, eine Regierung mit der SPD werde die außenpolitische Kreditwürdigkeit unseres Landes untergraben. Wie sich zeigt, ist das Gegenteil der Fall. Die SPD übernahm mit ihrem Vorsitzenden die Führung der Außenpolitik zu einer Zeit, da das internationale Ansehen Deutschlands einen Tiefstand erreicht hat. Willy Brandt erweist sich in dieser Lage als der stärkste außenpolitische Aktivposten, den unser Land gegenwärtig überhaupt einzusetzen hat. Er hat die internationale Atmosphäre schlagartig zu unseren Gunsten verändert, weil er durch seine Person glaubwürdig machen kann, daß unser Land dem Frieden, der Demokratie und der Zusammenarbeit der Völker verpflichtet ist.

Da konnte man weiter in den Versammlungen der CDU immer wieder hören, eine Regierung der SPD werde die Sicherheit der Bundesrepublik gefährden und im Umgang mit den kommunistischen Staaten Illusionen nachhängen, für die wir alle zu bezahlen haben würden. Es zeigt sich nun aber, daß die sozialdemokratischen Bundesminister mit Festigkeit und Realismus an die Ostpolitik herangehen, ohne einen Zweifel daran aufkommen zu lassen, daß sie die Schützengraben des kalten Krieges hinter sich lassen wollen. - Die CDU nährte die Befürchtung, sozialdemokratische Minister würden eine schrankenlos expansive Lokpolitik betreiben, was die Preise in die Höhe jagen und eine Inflation auslösen müsse. Statt dessen ist es schon im ersten Anlauf gelungen, endlich ein Vertrauensverhältnis zwischen dem Wirtschaftsminister und den Gewerkschaften zu finden. Eine ausgewogene Lohn- und Preisentwicklung ist das Konzept der Regierung. Die Gewerkschaften waren die ersten, die Minister Schiller zu Gesprächen empfing, die Unternehmer werden jetzt folgen. Bisher hatten die Gewerkschaften stets die Hintertür benutzen müssen, wenn sie ihre Sorgen in Bonn besprechen wollten.

Und schließlich: Was ist von der durch die CDU geförderten Befürchtung übriggeblieben, sozialdemokratische Bundesminister würden eine "Parteibuchwirtschaft" in Bonn einführen? Nichts, aber auch gar nichts. Nur wenige Staatssekretäre sind durch andere ersetzt worden. Für die Minister der SPD machte Willy Brandt deutlich, daß er auf die Loyalität der Beamten baue und kein Großreinemachen zu Lasten des Steuerzahlers beabsichtige. Die Beamten in Bonn werden das hoffentlich alle richtig verstehen, und die Bevölkerung weiß es zu schätzen. - Das sind einige Beispiele, die zeigen, wie rasch Vorurteile durch Tatsachen korrigiert werden können. Die SPD will und wird sich an ihren Taten messen lassen, und sie kann in den nächsten Jahren dafür sorgen, daß sie dabei im ganzen so gut besteht wie in den ersten Wochen der neuen Regierung in Bonn.

Ein gutes Verhältnis zu Ungarn

Diplomatische Beziehungen wünschenswert

Von Dr. Alfred Graef

In der Regierungserklärung des Bundeskanzlers, aber auch in wiederholten Äußerungen des Vizekanzlers und Außenministers Brandt ist zum Ausdruck gekommen, daß die neue Bundesregierung ein besseres Verhältnis zu den ost- und südeuropäischen Ländern suchen will und bereit ist, mit diesen, unter der Voraussetzung, daß keine unzumutbaren Bedingungen gestellt werden, volle diplomatische Beziehungen aufzunehmen.

Bei einer genauen Analyse der politischen Situation hinsichtlich des Verhältnisses zu den vorgenannten Ländern wird sich sehr bald herausstellen, daß die Voraussetzungen für solche Beziehungen von Land zu Land sehr verschieden sind. Rein atmosphärisch scheinen die Voraussetzungen bei Ungarn besonders günstig zu sein. Gelegentlich des kürzlichen Staatsbesuches des sowjetischen Staatspräsidenten Breschnew in Budapest hat sich der ungarische Parteichef Kadar vor aller Öffentlichkeit positiv zu der Aufnahme von vollen diplomatischen Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland geäußert; obwohl er in der gleichen Rede auch einige nicht gerade angenehm klingenden Aussagen über die Bundesrepublik gemacht hat.

Solche Äusserungen aber können durchaus auch Positives in sich tragen, wenn sie derart sind, daß sie von vornherein den Standpunkt und die Basis festlegen, von denen aus man die neuen und - das wäre zu hoffen - besseren Beziehungen aufbauen will. Wenn man heute Ungarn durchreist, so gewinnt man den Eindruck, daß dieser Wunsch bei der Bevölkerung noch stärker vorhanden ist, als bei der politisch führenden Schicht. Es gibt außerdem eine Reihe von Anzeichen dafür, daß die Sowjetunion in der letzten Zeit unter bestimmten Voraussetzungen gegen die Besserung solcher Beziehungen nichts einzuwenden hat.

Es spricht vieles dafür, daß der jetzige Zeitpunkt für die Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen zu Ungarn günstig ist. Es wird zwar auf lange Sicht aufgrund der Verschiedenheit der politischen Systeme in einer ganzen Reihe Sachfragen keine völlige Übereinstimmung zwischen Ungarn und der Bundesrepublik geben können; aber andererseits vollzieht sich - wie übrigens auch in den anderen osteuropäischen Ländern - in Ungarn wie auch bei uns ein Wandel, der es immer leichter machen wird, auch rein politische Gespräche mit den Ungarn in einer entspannten Atmosphäre zu führen.

Gemeinsamkeiten

Aber über das politische Gespräch hinaus gibt es gerade zwischen uns Deutschen und den Ungarn vielfältige auf beiden Sei-

ten zahlreiche Bindungen, durch die diese beiden Nationen starke Berührungspunkte haben und auch in Zukunft haben werden. Dabei spielt die politisch-geschichtliche Verbundenheit nicht einmal eine so große Rolle wie die kulturell-geistige. Schon durch die frühzeitige Christianisierung Ungarns unter Stephan dem Heiligen um die Jahrtausendwende haben sich besonders zum deutsch-österreichischen und bayerischen Raum enge kulturelle Beziehungen ergeben, die bis in die heutigen Tage hineinwirken. Die gegenseitige Befruchtung hat seit diesem Zeitpunkt praktisch nie aufgehört. Auf dem wissenschaftlichen Gebiet haben immer enge Verbindungen zwischen der Universität von Budapest einerseits und der Münchner, Leipziger und Berliner Universität bestanden. Im kulturellen Bereich ergaben sich im Laufe der Geschichte beider Nationen viele parallel verlaufende Gemeinsamkeiten. Die prachtvolle Stadt Budapest ist letztlich ein architektonisches Meisterwerk ungarischer und deutscher Architekten. In der Literatur ergaben sich Parallelen im Denken und Sinnen der Geistesgrößen beider Völker, so z.B. dem ungarischen Epiker, Lyriker und Romantiker "Petöfi" mit Schiller, oder dem philosophisch geprägten ungarischen Dichter "Mádós", der in seinem Werk "Die Tragödie des Menschen" ein ungarische Parallele zu Goethes "Faust" schuf. Besonders vielfältig waren die gegenseitigen Beziehungen und Einflüsse auf dem Gebiet der Musik. Hier ist in Franz Liszt oder Ferenc Liszt - wie ihn die Ungarn nennen - ein hervorragender Musiker beider Nationen erwachsen, der mit Beethoven, Haydn, Verdi, Mozart in eine Reihe zu stellen ist.

Diese wenigen Beispiele können natürlich die Mannigfaltigkeit der geistigen und kulturellen Berührungspunkte hier nur andeuten. Aber selbst im Ringen um gesellschaftliche Veränderungen hat es zwischen dem deutschen und dem ungarischen Streben gewisse Parallelen gegeben. So wie bei uns setzte bereits Anfang des 19. Jahrhunderts unter Széchenyi in Ungarn eine zum gemäßigten Liberalismus neigende Reformbewegung ein, und auch das Jahr 1848 hat für die Ungarn etwa die gleiche Bedeutung gehabt wie für uns Deutsche. Selbst in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg gab es hinsichtlich des Ringens um die Veränderung der gesellschaftlichen Landschaft Gemeinsamkeiten.

Ausgehend von solchen Grundlagen und von der Notwendigkeit, die wirtschaftlichen Beziehungen zu intensivieren, wäre es durchaus denkbar, daß es durch die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zwischen Ungarn und der Bundesrepublik Deutschland über die normalen Verbindungen hinaus sogar wieder zu freundschaftlichen Beziehungen kommt.

Drama in der Ostsee

Sank ein russisches U-Boot?

kl - Ende Oktober fanden vor der südschwedischen Küste von Schonen großangelegte schwedische Flottenmanöver statt. Wie so oft, lagen auch diesmal Kriegsschiffe der Sowjetunion und Fischtrawler der Ostblockstaaten mit ihren Spezialantennen zwecks Registrieren verschlüsselter Funkgespräche auf der Lauer. Die Küste von Südschweden ist international angemeldetes militärisches Sperrgebiet.

Die Unterwasserortungsgeräte der Schweden machten bei ihren Manövern ein Unterseeboot aus, von dem man annahm, es sei sowjetrussischer Herkunft. Die schwedische Seestreitkräfte fackelten nicht lange - sie warfen Wasserbomben. Das war im Raum südlich von Kalmö. Was seitdem geschah, liegt teilweise im Dunkel und ist nur den militärischen Geheimdiensten bekannt. Es gibt aber inzwischen eine Reihe Indizier dafür, daß es sich um ein russisches U-Boot handelte, das einen Treffer bekam, dann nach Osten durch den Meeressarm Hamnarne abließ und dort in schwerem Sturm gesunken ist.

Selbstverständlich hat der schwedische Militärattaché in Moskau angefragt, ob die Russen einen Schiffsverlust zu verzeichnen hätten. Und ebenso selbstverständlich hat man in Moskau mitgeteilt, man habe kein Schiff verloren und schon gar nicht im Sperrgebiet vor der schwedischen Südküste. Aber am 13. Dezember verfangen sich die Netze eines schwedischen Fischers vor Simrishamn an den Stahlwänden eines Schiffswracks. Am 23. Dezember wurden an der schwedischen Küste tausende von russisch beschrifteten Lebensmittelpaketen angespült, die vakuum-verpackt waren, wie man sie auf U-Booten verwendet.

Zwischen Weihnachten und Neujahr erschienen dann über der vermutlichen Unglücksstelle etwa zwölf russische Fischtrawler mit ihren starken Schall- und Elektrosonargeräten. Auch ein Bergungsschiff wurde in dem Seerevier beobachtet. Die Echolotungen von schwedischen Zollwachkreuzern in dem Seerevier eben außerhalb der schwedischen Hoheitsgewässer blieben bislang erfolglos. Noch fehlt die letzte Gewißheit darüber, ob Ende Oktober ein russisches Unterseeboot bei einem Ausspähauftrag innerhalb der schwedischen Hoheitsgewässer und der militärischen Sperrzone von einer schwedischen Wasserbombe getroffen worden ist.

Die ganze Angelegenheit wird noch komplizierter durch die Tatsache, daß am 28. November der holländische Frachter "Drente" in stürmischer Nacht kurzfristig SOS-Rufe auffing. Damals hielt sich im fraglichen Seerevier bei Bornholm der 200 Tonnen große Russenfrachter "Uralsk" auf. Am 15. Dezember wurden bei Isted auch die Schiffspapiere der "Uralsk", die am 10. November Hamburg verlassen hatte, angeschwemmt. Obwohl lebende wurden jedoch nicht gefunden. Schon am 7. Dezember trieben im gleichen Seerevier Rettungsringe mit der Aufschrift des russischen Schiffes "Baiga" - sie ist in Riga beheimatet - bei Simrishamn an Land. Das Schiff hatte zur fraglichen Zeit Stockholm anlaufen sollen, war aber kurzfristig abgemeldet worden.

Nun fragt man sich in Schweden, nachdem Moskau bestätigt hat, die "Uralsk" und auch die "Baiga" sei nicht gesunken, ob die Russen mit Tarnmanövern den Verlust eines U-Bootes zu verschleiern versuchen. Inzwischen wurde nämlich auch eine Rauchrakete angetrieben, wie sie nur U-Boote an Bord haben, um sie bei Katastrophen an die Wasseroberfläche schießen zu können.